

Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches,
gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

„Belebtes Interesse“

Einen alarmierenden Versuchsballon hat der Internationale Währungsfonds gestartet. Im Anfang November veröffentlichten Bericht „Fiscal Monitor“ stellt der IWF ein „Gedankenspiel“ vor, das die schlimmsten Befürchtungen der Euro-Skeptiker bestätigt: Eine 10%ige Sonderabgabe für alle Besitzer von Sparguthaben, Wertpapieren und Immobilien soll erhoben werden, um die Staatsverschuldung der EU-Länder zu reduzieren. Für Deutschland hieße dies, dass die Bürger einer Zwangsenteignung in Höhe von 576 Mrd. EUR ausgesetzt würden. Der IWF behauptet scheinheilig, es gebe „ein neu belebtes Interesse“ an einer solchen Zwangsabgabe. Außerdem legt der traditionell stark von französischen Interessen beeinflusste Währungsfonds nahe, den Höchstsatz der deutschen Einkommenssteuer von derzeit 45% auf 70% anzuheben. Nachdem diese gemeingefährlichen „Gedankenspiele“ blankes Entsetzen ausgelöst haben, erfolgte postwendend und erwartungsgemäß ein vages Dementi des IWF. Die Bundesregierung wollte dazu keine Stellung nehmen. So oder so: Der seit der Zypern-Krise virulente Enteignungs-Virus ist aus der Flasche. Anleger sind gut beraten, sich auf alle Eventualitäten inklusive Kapitalverkehrskontrollen und Devisenbewirtschaftung einzustellen. Niemand weiß, welche Blaupausen im Berliner Finanzministerium vorbereitet werden. Die beiden SPD-Landesfinanzminister Bullerjahn und Walter-Borjans haben sich bereits für die 10%ige Zwangsabgabe ausgesprochen. Derartige staatliche Selbstbedienungen würden oh-

ne Vorankündigung in einer Nacht- und Nebel-Aktion umgesetzt werden. Die FAZ beantwortet die Frage nach der Zukunft der Währungsunion so: „Wer Schulden macht, wird durch solidarische Hilfen anderer belohnt. Wer hingegen solide wirtschaftet, der wird erst zur Haftungsübernahme für andere gezwungen und dann mit Teilenteignung bestraft.“

Entlarvender Vergleich

Dass der IWF die aktuelle Lage der Euro-Zone mit den Ausnahmesituationen nach den verheerenden Weltkriegen des vergangenen Jahrhunderts vergleicht, offenbart die wahre, bisher verschleierte Risiko-Dimension des gescheiterten Euro-Projekts. Der Frankfurter Wirtschaftshistoriker Werner Plumpe zieht ein wenig hoffnungsvolles Resümee der geschichtlichen Erfahrungen: „Zwangsabgaben sind nur erfolgreich, wenn der Staat parallel sein Finanzgebaren grundsätzlich ändert, also insbesondere die Ausgaben, die das Ungleichgewicht verursacht haben, wirksam zurückführt.“

„Teil der Lösung“

Die EU-Kommission hat eine konjunkturelle Trendwende für Europa verkündet, obwohl die Krisenländer – entgegen aller politischen Gesundheitsbetriebe – in puncto Wettbewerbsfähigkeit und Staatsdefizit kaum Boden gut gemacht haben. Das gilt insbesondere für Griechenland, Spanien und Italien. Erhebliche Sorgen bereitet auch die Reformfähigkeit Frankreichs. Die dortigen Regierungen setzen offenkundig auf einen Pakt der Schuldenländer, der Deutschland als

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße“, die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

Generalzahlmeister noch stärker und unumkehrbar in die Pflicht nehmen will. Dabei spielt man mit verteilten Rollen konsequent über die Bande. Es wächst der konzertierte Druck auf die Bundesregierung mit pseudo-moralischen Argumenten. So hat Barroso kürzlich bei einer Rede in Frankfurt erklärt: „Ihr Deutschen habt diese historische Verantwortung, und Ihr könnt sie zu Eurem Vorteil nutzen.“ Inzwischen sei die Krise überwunden, Europa habe die Botschaft verstanden. Die Lehre laute: mehr Integration, nicht weniger. Europa sei nicht die Ursache der Probleme, sondern Teil der Lösung. Diese Mischung von fatalem Realitätsverlust mit demagogischer Geschichtsfälschung und manipulativer Drohkulisse verschlägt einem die Sprache.

„Unheimlich dreist“

Nach Einschätzung des Wirtschaftswissenschaftlers Max Otte kann die jetzige EU-Politik, wenige Nordländer für die Krisenstaaten zahlen zu lassen, Deutschland und Europa zerstören. Die von der Bundeskanzlerin gebetsmühlenartig wiederholte Behauptung, der Euro sei die Grundlage unseres Wohlstands, sei „unheimlich dreist“. Otte weiter: „Es ging Deutschland noch nie so gut wie in den frühen 90er Jahren und vor der Einführung des Euro.“ Und Kenneth Rogoff glaubt nicht, dass Südeuropa oh-

ne einen massiven Schuldenschnitt aus der Krise kommen werde. Der Harvard-Professor kommt zu der düsteren Prognose: „Ich muss den Deutschen leider sagen: Ihr werdet euer Geld nicht zurückbekommen.“

Fromme Wünsche

Die Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD erwecken bei der „Wirtschaftswoche“ den Eindruck, dass Schwarz-Rot die Unternehmen und Verbraucher in die Mangel nehmen wolle. Das Institut für politische Wissenschaft an der Universität Heidelberg sieht den Schwerpunkt des Koalitionsvertrags vor allem in sozialpolitischen Weichenstellungen, was auf eine deutlich größere Belastung der Unternehmen hinauslaufe. Die Union sei schon im Wahlkampf möglichst nahe an die Forderungen ihrer Gegner gerückt, um die SPD-Wähler einzulullen. Die Gefahr liegt nahe, dass es bei Zeitgeistthemen wie Mindestlohn, Frauenquote und Finanztransaktionssteuer zu faulen Kompromissen kommt. Noch steht alles unter Finanzierungsvorbehalt. Trotz wachsender Steuereinnahmen wird man neue Wege der kreativen Buchführung finden und beschreiten. Der Bundesfinanzminister hat den frommen Wunsch vorgetragen, es dürfe ab 2015 keine Neuverschuldung geben. Von Schuldentilgung war schon gar nicht mehr die Rede.